

Fragen

für die Fragestunde der 7. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 14. Dezember 2005

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aydin, Hüseyin-Kenan (DIE LINKE.)	40, 41	Leutert, Michael (DIE LINKE.)	6, 46
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	7, 8
Bender, Birgitt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60	Montag, Jerzy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 33
Dr. Dehm, Diether (DIE LINKE.)	29, 30	Dr. Paech, Norman (DIE LINKE.)	55, 56
Dr. Eid, Uschi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1	Pau, Petra (DIE LINKE.)	38, 39
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	2, 12	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	19, 20	Schäfer, Paul (Köln) (DIE LINKE.)	25, 26
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	47, 48	Schewe-Gerigk, Irmgard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 52
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58	Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 64
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	43, 44	Dr. Stinner, Rainer (FDP)	23, 24
Dr. Keskin, Hakki (DIE LINKE.)	27	Stokar von Neuforn, Silke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 49
Knoche, Monika (DIE LINKE.)	34, 45	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Königshaus, Hellmut (FDP)	3, 4	Ulrich, Alexander (DIE LINKE.)	5, 21
Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)	10, 11	Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 42
Koppelin, Jürgen (FDP)	53, 54	Winkler, Josef Philip (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 37
Korte, Jan (DIE LINKE.)	35, 36		
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61, 62		
Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	3
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales . .	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordnete
Dr. Uschi Eid
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung für den Zeitraum von 2002 bis 2005 die nicht in den Tabellen 18 und 19 im Finanzbericht 2005 des Bundesministeriums der Finanzen ausgewiesenen Steuermindereinnahmen durch Steuervergünstigungen in den beiden Gebieten der Kulturpolitik (inländische Kulturpolitik bzw. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik)?

2. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)
Trifft es zu, dass zwischen den Jahren 1995 und 2004 ein starker Rückgang der kommunalen Investitionsquote von 18,9 auf 13,2 Prozent, insbesondere bei den kommunalen Sachinvestitionen, und davon ausgehend „mittel- bis längerfristig eine erhebliche Gefährdung für den Wirtschaftsstandort Deutschland“ festzustellen ist (siehe KfW Bankengruppe, WirtschaftsObserver online, Öffentliche Infrastruktur und kommunale Finanzen in Deutschland, Nr. 5, November 2005), und was will die Bundesregierung tun, um die kommunalen Investitionen wieder auf das für die Entwicklung von Wirtschaft und kommunaler Infrastruktur nötige Maß zu erhöhen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

3. Abgeordneter
Hellmut Königshaus
(FDP)
Weshalb war die Umbenennung des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft in Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz notwendig, und welche Kosten sind damit verbunden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

4. Abgeordneter
Hellmut Königshaus
(FDP)
Sind der neuen Bundesregierung die Probleme im Zusammenhang mit dem Schall- und Erschütterungsschutz an der Anhalter Bahn bekannt, und ist sie im Gegensatz zur vorangegangenen Bundesregie-

zung bereit, den betroffenen Anwohnern den ihnen zustehenden Schutz auch ohne Inanspruchnahme der Gerichte zu gewähren (vgl. z. B. die Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Angelika Mertens, auf meine Frage 58 in der Fragestunde am 15. Dezember 2005, Plenarprotokoll 15/147, Seite 13753 D)?

5. Abgeordneter
Alexander Ulrich
(DIE LINKE.)
- Verfügte nach Kenntnis der Bundesregierung die rheinland-pfälzische Landesregierung über Informationen zu Gefangenentransporten der CIA von der US-Airbase Ramstein, und wenn ja, über welche?*)

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

6. Abgeordneter
Michael Leutert
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass im Januar 2005 bzw. nach anderen Meldungen bereits im Jahr 2004 das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) über den Entführungsfall Khaled el-Masri informiert wurde?**)
7. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass nach den Absprachen im Bundeskanzleramt im Sommer 2002 zwischen Vertretern syrischer und bundesdeutscher hoher Regierungsstellen, in denen u. a. bundesdeutschen Sicherheitsbehörden der Zugang zu dem deutschen Staatsbürger Z. in Syrien zugesichert worden war, eine Delegation aus Vertretern des Bundeskriminalamtes (BKA), des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) nach Syrien gereist ist, um die Vernehmung von H. Z. vorzubereiten, und wenn ja, wer gab ihr den Auftrag für diese Reise (vgl. DER SPIEGEL 47/2005)?
8. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Haben bundesdeutsche Sicherheitsbehörden US-amerikanischen Sicherheitsbehörden im Herbst 2001 den Flugtermin von H. Z. nach Casablanca mitgeteilt, und haben bundesdeutsche Sicherheits-

*) Siehe hierzu auch Frage 21.

**) Siehe hierzu auch Frage 46.

behörden US-amerikanischen Sicherheitsbehörden ebenso den Reiseternin des deutschen Staatsbürgers Khaled el-Masri nach Mazedonien mitgeteilt (vgl. DER SPIEGEL 47/2005)?

9. Abgeordneter
**Wolfgang
Wieland**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass angesichts des eindeutigen Wortlauts des § 1 des Kontrollgremiumsgesetzes („Die Bundesregierung unterliegt hinsichtlich der Tätigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des Militärischen Abschirmdienstes und des Bundesnachrichtendienstes der Kontrolle durch das Parlamentarische Kontrollgremium. Die Rechte des Deutschen Bundestages, seiner Ausschüsse und der Kommission nach dem Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz bleiben unberührt.“) das Gremium nicht – oder allenfalls bei etwaiger Beteiligung der genannten Behörden nur insoweit – zuständig ist für eine Aufklärung von Tätigkeiten fremder Geheimdienste in Deutschland bzw. bezüglich Deutschlands, sondern der gesamte Deutsche Bundestag sowie seine Ausschüsse, und worauf beruht die dieser gesetzlichen Regelung entgegengesetzte Ankündigung der Bundeskanzlerin vom 5. Dezember 2005, über bestimmte angebliche Aktivitäten der CIA – etwa bei der Entführung des Deutschen Khaled el-Masri – wolle die Bundesregierung allein dem Parlamentarischen Kontrollgremium berichten, nicht aber dem Plenum des Deutschen Bundestages sowie seinen Ausschüssen?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

10. Abgeordneter
**Dr. Heinrich L.
Kolb**
(FDP)

Trifft es zu, dass die ausführliche statistische Beschreibung der sozialen Sicherungssysteme im Rahmen des Sozialberichts 2005 mit dem Teil B (Sozialbudget), der mittelfristigen Prognose der Sozialleistungen und dem Materialband, die jede Legislaturperiode vorzulegen sind, für die 15. Legislaturperiode endgültig nicht mehr vorgelegt werden, und was ist der Grund dafür?

*) Siehe hierzu auch Frage 42.

11. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)
- Trifft es zu, dass die nächste, in Frage 10 angesprochene, ausführliche statistische Beschreibung der sozialen Sicherungssysteme erst 2008 vorgelegt wird und bis dahin diese Daten nicht öffentlich einsehbar sein werden?
12. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass bisher nicht einmal jedem zehnten Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II) Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen angeboten wurden und dass die Bearbeitungsfristen für Anträge regelmäßig über vier Wochen liegen (siehe repräsentative Umfrage in FINANZTEST 11/2005), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den in der Untersuchung aufgezeigten Mängeln beim ALG II?
13. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann rechnet die Bundesregierung damit, dass die Agenturen für Arbeit die nach dem Entwurf zum SGB-II-Änderungsgesetz geänderte Regelleistung in den neuen Ländern in der neuen Höhe von 345 Euro an die Anspruchsberechtigten ausbezahlen können, und wie kompensiert die Bundesregierung die Differenz zwischen tatsächlich ausbezahlter Leistung und neuer Regelleistung für die Anspruchsberechtigten, wenn Inkrafttreten des Gesetzes und Auszahlung der Regelleistung in neuer Höhe zeitlich auseinander fallen?
14. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch beziffert die Bundesregierung den Schaden, der dem Bund aus den Funktionsmängeln der von der Firma T-Systems gelieferten Software A2LL zur Bearbeitung der Leistungsansprüche im SGB II bisher entstanden ist, und wie wird sichergestellt, dass die Bundesagentur für Arbeit möglichst bald und ohne zusätzliche finanzielle Belastungen der Steuer- und Beitragszahler eine funktionstüchtige Software für den Bereich SGB II zur Verfügung hat?
15. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung darüber vor, wie viele Umzugsaufforderungen durch die kommunalen Kostenträger aufgrund nicht angemessener Unterbringungskosten seit Ende Juni 2005 ausgesprochen wurden?

16. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Praktiken einzelner Kommunen vor, zur Reduzierung ihrer Unterkunftskosten Umzugsaufrufen ohne Übergangsregelung auszusprechen oder ALG-II-Empfängerinnen und -empfänger dazu zu veranlassen, überhöhte Wohnkosten aus ihrem Regelsatz zu begleichen, und welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung gegen Kommunen vor, die in Angelegenheiten der Wohnkosten nicht nach den Vorschriften des SGB II verfahren?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

17. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Haben US-amerikanische Regierungsstellen bzw. auf deren Veranlassung hin Dritte seit 1990 nach Kenntnis der Bundesregierung jemals festgehaltene deutsche Staatsbürger oder deutsche Einwohner entgegen geltendem Völkerrecht – insbesondere entgegen den Genfer Zusatzprotokollen sowie dem Verbot von Folter und menschenrechtswidriger Behandlung Gefangener – behandelt, und wenn ja, welche Kenntnis hat die Bundesregierung jeweils über Sittierungsanlässe, Zahl, Identitäten sowie Behandlung der Betroffenen?
18. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchem Ergebnis hat die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 7. Dezember 2005 über den Fall des – angeblich unter Mitwirkung der CIA – entführten und in Afghanistan nach eigener Aussage misshandelten deutschen Staatsbürgers Khaled el-Masri konferiert, und ist die Erklärung der Bundeskanzlerin an jenem Tag, diese Entführung sei „von der Regierung der Vereinigten Staaten natürlich auch als ein Fehler akzeptiert worden“ (vgl. Berliner Zeitung, 7. Dezember 2005, Seite 2) dahin gehend zu verstehen, dass die US-Außenministerin Condoleezza Rice oder eine andere autorisierte Stelle der US-Regierung eine Beteiligung an dieser Entführung eingeräumt hat?
19. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Aufgrund welcher Informationen und Kriterien hat die Bundesregierung entschieden, die CIA-Geheimflüge entweder als nichtgenehmigungspflichtige NATO-Einsätze oder als nichtgenehmigungspflichtige Einsätze anderer Art zu klassifizieren, da nach Artikel 57 Abs. 1 des Zusatzabkommens zum Trup-

penstatut von 1994 die US-Streitkräfte der Genehmigung der Bundesregierung bedürfen, wenn sie nach Deutschland „einreisen oder sich in und über dem Bundesgebiet bewegen“ und dabei nicht im Rahmen der NATO unterwegs sind?

20. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Werden künftig die Verträge zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland, die die militärische Präsenz der USA auf deutschem Territorium betreffen, einer Überprüfung durch die Bundesregierung unterzogen, sollten sich die Verschleppungsmaßnahmen durch die CIA als erwiesen herausstellen?
21. Abgeordneter
Alexander Ulrich
(DIE LINKE.)
- Gab es Gefangenentransporte der CIA von der US-Airbase Ramstein, und wenn ja, wie viele?*)
22. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung künftig sicherstellen, über Gefangenentransporte auf Veranlassung ausländischer Stellen aus, über oder durch Deutschland informiert zu werden?**)
23. Abgeordneter
Dr. Rainer Stinner
(FDP)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung seit wann darüber, dass im Militärcamp Bondsteel im Kosovo Personen über längere Zeiträume ohne Anklage und Prozess festgehalten wurden (vgl. SPIEGEL ONLINE vom 9. Dezember 2005)?
24. Abgeordneter
Dr. Rainer Stinner
(FDP)
- Handelt es sich bei Bondsteel offiziell um ein militärisches Gefängnis der KFOR (Kosovo Force)?

*) Siehe hierzu auch Frage 5.

**) Siehe hierzu auch Frage 49.

25. Abgeordneter
Paul Schäfer
(Köln)
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen unternahm die Bundesregierung im Hinblick auf die Zustände im US-KFOR-Militärcamp Bondsteel im Kosovo (Serbien und Montenegro), die der Menschenrechtsbeauftragte des Europarates, Alvaro Gil Robles, im Jahr 2002 in seinem offiziellen Bericht an den Europarat als menschenrechtsverletzend charakterisierte?
26. Abgeordneter
Paul Schäfer
(Köln)
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob die in dem Robles-Bericht erwähnten „Nordafrikaner“ in der serbischen Provinz Kosovo (Mudschedin) oder außerhalb des Landes gefangen genommen wurden, um anschließend in die Bundesrepublik Jugoslawien (Kosovo) transportiert zu werden?
27. Abgeordneter
Dr. Hakki Keskin
(DIE LINKE.)
- Wie wird die Bundesregierung künftig sicherstellen, dass die deutsche Souveränität, die Menschenrechte und das Völkerrecht in den US-Basen in Deutschland eingehalten werden?
28. Abgeordneter
Jerzy Montag
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass US-amerikanische Regierungsstellen bzw. auf deren Veranlassung hin Dritte seit 1990 außerhalb der USA – insbesondere in Deutschland selbst – jemals deutsche Staatsbürger oder deutsche Einwohner festgenommen und/oder ohne richterlichen Beschluss festgehalten haben, und wenn ja, welche Kenntnis hat die Bundesregierung über Sistierungsanlässe, Zahl, Identitäten sowie Behandlung der Betroffenen?*)
29. Abgeordneter
Dr. Diether Dehm
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung Auskunft über den Zweck von Bewegungen und Landungen getarnter CIA-Flugzeuge in Deutschland (Beispiele: Flug vom 28. April 2003 N168BK, Hawker, von Edinburgh (Großbritannien) nach Hamburg und Flug vom 11. Februar 2005 N35NK, LJ35, von Nürnberg nach Billund (Dänemark)) geben, wovon es laut „DER SPIEGEL“ vom 5. Dezember 2005 laut der Deutschen Flugsicherung mindestens 437 gegeben haben soll und der Verdacht besteht, dass mit diesen Flugzeugen völkerrechtswidrig Terrorverdächtige entführt und in geheime Lager verbracht wurden?

*) Siehe hierzu auch Frage 33.

30. Abgeordneter
**Dr. Diether
Dehm**
(DIE LINKE.)
- Welche Schritte unternahm die Bundesregierung, nachdem sie über die der CIA gemachten Vorwürfe zur Entführung und Misshandlung des deutschen Staatsbürgers Khaled el-Masri informiert worden war?
31. Abgeordneter
**Josef Philip
Winkler**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob und ggf. in welchen Drittstaaten die US-Regierung Gefangene unterbringen ließ oder lässt, und wie versucht die Bundesregierung, jedenfalls hinsichtlich deutscher Gefangener, bei deren Behandlung die Beachtung völkerrechtlicher Vorgaben sicherzustellen?*)
32. Abgeordnete
**Irmingard
Schewe-Gerigk**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung der USA, dass so genannten unlawful combatants nicht die Rechte nach den Zusatzprotokollen zur Genfer Konvention zustehen?**)
33. Abgeordneter
**Jerzy
Montag**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung an der Auffassung der Vorgängerregierung fest, dass die jahrelange Inhaftierung von Menschen wie zum Beispiel in Guantanamo Bay, in Gefängnissen in Afghanistan und an weiteren unbekanntenen Orten ohne eine unabhängige gerichtliche Entscheidung über die Freiheitsentziehung ohne Verteidigungsmöglichkeiten, ohne anwaltlichen Beistand und ohne ein unabhängiges Gerichtsverfahren mit den anerkannten Regeln des Völkerrechts und internationalen Pakten, denen auch die USA beigetreten sind, unvereinbar ist und was wird die Bundesregierung unternehmen, um jedenfalls deutsche Staatsbürger vor solcher Inhaftierung und Behandlung zu schützen?***)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

34. Abgeordnete
**Monika
Knoche**
(DIE LINKE.)
- Hat es nach Kenntnis der Bundesregierung vor der den US-Geheimdiensten vorgeworfenen Verschleppung von Khaled el-Masri eine Beobachtung und Ausforschung von Khaled el-Masri durch das Bun-

*) Siehe hierzu auch Frage 37.

**) Siehe hierzu auch Frage 52.

***) Siehe hierzu auch Frage 28.

- desamt für Verfassungsschutz oder das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz gegeben, und wenn ja, sind diesbezügliche Daten an US-Behörden weitergegeben worden?*)
35. Abgeordneter
Jan Korte
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass sich eine Delegation aus je zwei Beamten des Bundeskriminalamtes, des Bundesnachrichtendienstes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz am 20. November 2002 zum Zwecke einer Vernehmung von H. Z. nach Syrien begeben hat?
36. Abgeordneter
Jan Korte
(DIE LINKE.)
- Wie wurden die Ergebnisse der Vernehmung von H. Z. durch die beteiligten deutschen Stellen eingeschätzt und bewertet?
37. Abgeordneter
Josef Philip Winkler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Haben Mitglieder der Bundesregierung, wie zum Beispiel der ehemalige Bundesminister des Innern, Otto Schily, über den US-Regierungsstellen etwa erhaltene Informationen hinsichtlich Khaled el-Masris oder ähnlich gelagerter Fälle Aktenvermerke gefertigt, und wenn ja, in welchen Fällen wurden diese Aktenvermerke als Verschlussache eingestuft bzw. ein Sperrvermerk „zum Wohle des Bundes“ entsprechend § 96 der Strafprozessordnung angebracht?**)
38. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass das Verschwiegenheitsversprechen des damaligen Bundesministers des Innern, Otto Schily, gegenüber dem US-Botschafter Daniel R. Coats über die Entführung von Khaled el-Masri durch die CIA und die damit verbundene stillschweigende Hinnahme der Entführung eines deutschen Staatsbürgers nicht mit seinem Amtseid zu vereinbaren ist?
39. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Über wie viele Personen, die von bundesdeutschen Sicherheitsbehörden dem islamistischen und/oder internationalen Terrorismus – auch verdachtsweise – zugeordnet wurden, haben bundesdeutsche

*) Siehe hierzu auch Frage 45.

**) Siehe hierzu auch Frage 31.

- Sicherheitsbehörden Datensätze/Akten seit dem 11. September 2001 bis heute an amerikanische Stellen übermittelt, und gegen wie viele dieser Personen lief in der Bundesrepublik Deutschland ein Ermittlungsverfahren?
40. Abgeordneter
Hüseyin-Kenan Aydin
(DIE LINKE.)
- Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung einzuleiten, um in Zukunft die Verschleppung von Personen durch die CIA von deutschem Territorium und über deutschen Luftraum hinweg zu unterbinden?
41. Abgeordneter
Hüseyin-Kenan Aydin
(DIE LINKE.)
- Warum leitete die Bundesregierung keine Informationen an die ermittelnde Staatsanwaltschaft in München weiter, obgleich der Bundesminister des Innern, Otto Schily, bereits vor einem Jahr über die Entführung und Misshandlung des deutschen Staatsbürgers Khaled el-Masri durch den US-Geheimdienst informiert war?
42. Abgeordneter
Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wurde der ehemalige Bundesminister des Innern, Otto Schily, von dem Ersuchen der Staatsanwaltschaft München an das Bundeskriminalamt zur Mithilfe an der Aufklärung des Falles Khaled el-Masri informiert, und wann hat der Bundesminister des Innern, Otto Schily, dem Bundeskriminalamt oder der Staatsanwaltschaft München seinen diesbezüglichen Kenntnisstand mitgeteilt?*)
43. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass bundesdeutschen Behörden eine Zusammenfassung der Ergebnisse von Verhören übermittelt wurde, die durch syrische Stellen durchgeführt wurden, und wenn ja, aufgrund welcher Umstände und/oder Absprachen haben bundesdeutsche Behörden diese Unterlagen erhalten?
44. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Sind Protokolle von Vernehmungen von H. Z. durch BKA, BND und BfV vom 20. bis 23. November 2002 in Syrien (vgl. DER SPIEGEL 47/2005) in der Ermittlungsakte, und wenn nein, wieso werden sie unter Verschluss gehalten?

*) Siehe hierzu auch Frage 9.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

45. Abgeordnete
Monika Knoch
(DIE LINKE.) Hat es nach Kenntnis der Bundesregierung vor der den US-Geheimdiensten vorgeworfenen Verschleppung von Khaled el-Masri ein Ermittlungsverfahren einer deutschen Strafverfolgungsbehörde gegen ihn gegeben, und wenn ja, wurden diesbezüglich Daten an US-amerikanische Behörden weitergegeben?*)
46. Abgeordneter
Michael Leutert
(DIE LINKE.) Ist es nach Auffassung der Bundesregierung mit dem deutschen und dem Völkerrecht vereinbar, wenn die CIA ohne Auslieferungsverfahren und ohne Folgeprozess Menschen zwangsverschleppt?**)
47. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.) Wird die Bundesregierung den ehemaligen Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, den ehemaligen Bundesminister des Innern, Otto Schily, und den ehemaligen Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Frank-Walter Steinmeier, über ihre Kenntnisse im Fall Khaled el-Masri befragen und sie gegebenenfalls wegen unterlassener rechtlicher Schritte zur Verantwortung ziehen?
48. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.) Was wird die Bundesregierung unternehmen, um den deutschen Staatsbürger Khaled el-Masri in der rechtlichen Untersuchung und Wiedergutmachung seines Falls in den USA zu unterstützen?
49. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Rechte haben die USA auf/über deutschem Territorium hinsichtlich der Behandlung Gefangener, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung ggf., dass die USA diese Rechte jenseits völkerrechtlicher Vorgaben wahrgenommen haben?***)

*) Siehe hierzu auch Frage 34.

**) Siehe hierzu auch Frage 6.

***) Siehe hierzu auch Frage 22.

50. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind Befragungen, die von deutschen Bundesbediensteten an illegal von anderen Staaten festgehaltenen deutschen Staatsangehörigen außerhalb Deutschlands durchgeführt werden, rechtswidrig und/oder zu missbilligen, und was wird die Bundesregierung gegen die Verwertung/Verwendung von dabei gewonnenen Erkenntnissen tun?
51. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wenn solche Befragungen durchgeführt worden sein sollten, was wird die Bundesregierung dann gegen die daran Beteiligten unternehmen?
52. Abgeordnete
Irmingard Schewe-Gerigk
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Festnahmen deutscher Staatsangehöriger durch US-Behörden außerhalb des Hoheitsgebiets der USA und außerhalb von Kriegsgebieten rechtswidrig sind, und falls nein, warum nicht?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

53. Abgeordneter
Jürgen Koppeln
(FDP)
- Wie hoch sind die Kosten für die Baumaßnahmen zum Umbau eines Gebäudes für den Stab Einsatzflottille im Marinestützpunkt Kiel?
54. Abgeordneter
Jürgen Koppeln
(FDP)
- Waren die Kosten für die Baumaßnahmen bei der Entscheidung zur Auflösung des Marinestandortes Olpenitz bereits bekannt?
55. Abgeordneter
Dr. Norman Paech
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um sicherzustellen, dass Personen, die im Rahmen des Mandats für die deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom (OEF), das den Auftrag einschließt, „Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen auszuschalten, Terror-

*) Siehe hierzu auch Frage 32.

risten zu bekämpfen, gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen sowie Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abzuhalten“ (Bundestagsdrucksache 14/7296), unter direkter oder indirekter Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte festgesetzt wurden oder werden, nicht von der CIA oder anderen US-Regierungsstellen gefoltert oder in Staaten gebracht wurden oder werden, wo die Folter praktiziert wird?

56. Abgeordneter
**Dr. Norman
Paech**
(DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um sicherzustellen, dass Bundeswehrangehörige, die nach Angaben des US-Zentralkommandos (CENTCOM) zur Koordination der OEF im CENTCOM-Hauptquartier in Tampa (Florida) vertreten sind, nicht direkt oder indirekt an der Planung völkerrechtswidriger Maßnahmen wie der Entführung, Verschleppung oder Verbringung von Gefangenen in Staaten mit Folterpraxis beteiligt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

57. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die vom EU-Parlament im Zusammenhang mit der neuen europäischen Chemikalienverordnung (REACH) beschlossene befristete Zulassung von gefährlichen Stoffen und die Vorgabe, die Zulassungen an die Vorlage von Substitutionsplänen zu binden, und teilt sie die Auffassung, dass dies einen Anreiz darstellt, dass für Mensch und Umwelt ungefährliche Alternativen entwickelt werden und sich der Schutz der Verbraucher dadurch maßgeblich verbessert?

58. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die vom EU-Parlament in 1. Lesung beschlossene Notifizierungspflicht für besonders gefährliche Stoffe in Produkten hinsichtlich der zu erwartenden Verbesserungen beim Verbraucherschutz, und wird sich die Bundesregierung im EU-Ministerrat für weitere Verbesserungen hinsichtlich von Chemikalien in Verbraucherprodukten einsetzen?

59. Abgeordnete
Birgitt Bender
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung die vom Europäischen Parlament in 1. Lesung im Entwurf zur europäischen Chemikalienverordnung (REACH) beschlossene Reduzierung von Datenanforderungen für den Bereich von 1 bis 10 t/a in Bezug auf den Schutz der menschlichen Gesundheit für ausreichend?
60. Abgeordnete
Birgitt Bender
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung diese Beschlüsse des Europäischen Parlaments insbesondere dafür geeignet, Kosten die dem Gesundheitswesen jährlich durch den Kontakt von Menschen mit gefährlichen Chemikalien entstehen, zu reduzieren?
61. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung im Zusammenhang mit der neuen europäischen Chemikalienverordnung (REACH) die vom EU-Parlament in 1. Lesung beschlossenen Anforderungen für den Bereich einer Produktionsmenge von 1 bis 10 t/a als geeignet, um eine Verbesserung der Chemikaliensicherheit für die bislang geschätzten ca. 100 000 weitgehend ungeprüften Altstoffe zu gewährleisten, und wie beurteilt sie die beschlossenen Anforderungen in Bezug auf die Anmeldung von Neustoffen vor dem Hintergrund der derzeit gültigen Rechtslage zur Anmeldung von Neustoffen?
62. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung im Zusammenhang mit der neuen europäischen Chemikalienverordnung (REACH) Befürchtungen, dass ein risikobasierter Ansatz für die Registrierung von Chemikalien die Beweislast weiter bei den Behörden belässt, anstatt sie auf die Unternehmen zu übertragen, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Einschätzungen, dass nach derzeitigem Stand des Gesetzgebungsverfahrens die zu schaffende europäische Chemikalienagentur mit den ihr zugedachten Aufgaben überlastet sein wird?
63. Abgeordneter
Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung im Zusammenhang mit der neuen europäischen Chemikalienverordnung (REACH) die Auffassung, dass die Vorgabe, jeden Stoff nur einmal zu registrieren, das geeignete Mittel ist um die Registrierungskosten für Unternehmen deutlich zu reduzieren, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die vom EU-Parlament in 1. Lesung beschlossenen Regelungen,

insbesondere vor dem Hintergrund, dass ein Abweichen von der Anforderung „Ein Stoff, ein Dossier“ vor allem zu Lasten von kleinen und mittelständischen Unternehmen gehen wird?

64. Abgeordneter
**Gerhard
Schick**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die europäische chemische Industrie sich mit der Entwicklung für Mensch und Umwelt ungefährlicher Chemikalien international einen Wettbewerbsvorteil verschaffen kann, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Befürchtungen, dass ein risikobasierter und expositionsbezogener Ansatz bei der Registrierung von Chemikalien im Zusammenhang mit der neuen europäischen Chemikalienverordnung (REACH) vor allem zu Lasten der meist kleinen und mittelständischen weiterverarbeitenden Unternehmen geht, da ja nur diese in der Regel die tatsächlichen Expositionen kennen?

